

Dienstag 17. April 2018

Nummer 800

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Demokratie, Laizismus und Religionsfreiheit: Wie Ausgleich schaffen?

Autor : Thierry Chopin



Demokratie, Laizismus und Religionsfreiheit? Diese Fragen besitzen auch eine europäische Dimension. Nach terroristischen Anschlägen in mehreren Mitgliedstaaten der Union stellt sich die Frage, ob solche Ereignisse unsere Gesellschaften eher trennen oder einen. Aus ihnen kann Solidarität und Einheit erwachsen, doch steht zu befürchten, dass neuerliche Tragödien die Trennlinien innerhalb vieler europäischer Länder noch verstärken könnten.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Schuman-Bericht **Kommission** : Investitionen - Ernährung - Verbraucherschutz - Lebensmittelversorgung - Straßensicherheit **Parlament** : Ungarn **Rat der Europäischen Union** : Kohäsion - Entsendete Arbeitnehmer - Landwirtschaft **Diplomatie** : Entwicklungszusammenarbeit - Rat **Gerichtshof** : ÜberPop **Deutschland** : Prioritäten/Koalition - Deutschland/Frankreich **Dänemark** : Vereinigtes Königreich **Frankreich** : Baltikum - Wahlen/EU **Ungarn** : Wahlen **Irland** : 20 Jahre/Frieden **Polen** : Justiz **Portugal** : Vereinigtes Königreich **Rumänien** : Euro? **Montenegro** : Präsident **Ukraine** : Energie **Europarat** : Rumänien - EGMR/Protokoll 16 **UNO** : Flüchtlinge **Eurostat** : Handel - Leistungsbilanz - Einbürgerung **Kultur** : Ausstellung/Paris - Ausstellung/Mailand - Ausstellung/Helsinki - Kunst/Brüssel - Fotografie/Amsterdam

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Der Schuman-Bericht ist auf Englisch und Französisch erhältlich!



Der Schuman-Bericht 2018 zur Lage der Union ist kürzlich erschienen und auf Französisch und Englisch erhältlich. Die 12. Ausgabe des Berichts widmet sich den aktuellen Herausforderungen der EU. Mit Beiträgen renommierter Experten, einem Exklusivinterview mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron sowie zahlreichen Karten und Statistiken bietet der Bericht ein umfassendes Bild der Lage der Europäischen Union.

Der Bericht ist im Buchhandel, auf der Webseite der Stiftung und als E-Book erhältlich... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Europäisches Programm zur Risikofinanzierung

Die Europäische Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) haben am 10. April ein Programm für einen europaweiten



Risikokapitaldachfonds (VentureEU) aufgelegt, um Investitionen in innovative Start-up-Unternehmen in ganz Europa zu fördern. Die sechs Fonds werden mit EU-Mitteln in Höhe von 410 Mio. EUR unterstützt und sollen bis zu 2,1 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisieren... [Fortsetzung](#)

Das Vertrauen in die Lebensmittelsicherheit stärken



Die Kommission legte am 11. April einen Vorschlag für mehr Transparenz bei wissenschaftlichen Studien im Bereich der Lebensmittelsicherheit vor... [Fortsetzung](#)

Möglichkeit von Sammelklagen



Die Europäische Kommission schlug am 11. April vor, Verbrauchern überall in der EU die Möglichkeit für Sammelklagen zu schaffen... [Fortsetzung](#)

Verbot unlauterer Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette



Die Kommission hat am 12. April einen Vorschlag vorgelegt, mit dem die schädlichsten unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette verboten würden. So sollen Landwirte sowie kleine und mittlere Unternehmen mehr Planungssicherheit erhalten und sich weniger mit Risiken beschäftigen müssen, über die sie wenig oder gar keine Kontrolle haben... [Fortsetzung](#)

Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr in Europa



2017 kamen in der EU 25.300 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben – das waren 300 weniger als 2016 (ein Rückgang um 2 %) und 6.200 weniger als 2010 (ein Rückgang um 20 %). Mit durchschnittlich 49 Straßenverkehrstoten je eine Million Einwohner waren Europas Straßen 2017 nach wie vor die weltweit sichersten. Diese Entwicklung ist zwar ermutigend, doch dürfte es schwierig sein, das EU-Ziel, die Zahl der im Straßenverkehr tödlich Verunglückten zwischen 2010 und 2020 zu halbieren, noch zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Demokratie und Grundrechte in Ungarn: Das Europaparlament begutachtet die Situation



Die Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten des Europaparlaments diskutierten am 12. April die Situation der Demokratie, des Rechtsstaates und der Grundfreiheiten in Ungarn in Hinsicht auf eine mögliche Aktivierung von Artikel 7.1 des Unionsvertrags. Die Kommission äußert sich dazu im Juni... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen zur Kohäsionspolitik



Die Europaminister beschlossen am 12. April Schlussfolgerungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020... [Fortsetzung](#)

Bestätigung der Einigung mit dem Parlament zu entsandten Arbeitnehmern



Der Ministerrat bestätigte am 11. April die Einigung zur Entsendung von Arbeitnehmern, die am 19. März zwischen beiden Institutionen erzielt worden war. Nun muss auch noch das Parlament sein grünes Licht für den Kompromiss erteilen, bevor ihn der Ministerrat für Beschäftigung endgültig in Kraft setzen wird... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Landwirtschaft



In einer Verlautbarung des Rats für Landwirtschaft und Fischerei vom 16. April gaben die Minister ihre Absicht bekannt, eine Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette zu erlassen. Des Weiteren beschäftigten sich die Minister mit einem Mehrjahresplan für Fischbestände in westlichen Gewässern. Auch zu Lebensmittelverschwendung und zur Eindämmung der Schweinegrippe präsentierten sie Maßnahmenvorschläge... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Die EU leistete 2017 die meiste Entwicklungshilfe



Laut Zahlen der OECD waren die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten im Jahr 2017 die größten Geber von Entwicklungshilfe weltweit (57% des Gesamtaufkommens), mit einem Betrag von 75,7 Mrd. Euro... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten



Die EU-Außenminister verabschiedeten am 16. April Schlussfolgerungen zu den jüngsten Entwicklungen in Syrien, zur Nichtverbreitung chemischer Waffen, zu Cyberangriffen und zur Situation im Südsudan. Des Weiteren thematisierten sie das Atomabkommen mit dem Iran und die Beziehungen zu Russland nach der Attacke von Salisbury... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Gerichtshof :

Verbot von UberPop bestätigt



In einem Urteil vom 11. April stellen die europäischen Richter fest, dass die Mitgliedstaaten die rechtswidrige Ausübung von Beförderungstätigkeiten im Rahmen des Dienstes UberPop verbieten und strafrechtlich ahnden können, ohne der Kommission ihren entsprechenden Gesetzentwurf vorab mitzuteilen. Das Gericht bestätigt außerdem, dass UberPop in den Bereich des Verkehrs fällt und nicht, wie das Unternehmen beteuerte, einen Informationsdienst darstellt... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Die Regierung Merkel legt ihre Prioritäten fest



Die deutschen Bundesminister zogen sich am 10. und 11. April zu ihrer Klausur zurück, um Prioritäten für ihre Regierung festzulegen. Die wichtigste Aufgabe der Regierung liegt im Bereich der Beschäftigung. Die Arbeits- und Finanzminister wünschen sich eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Erfolges und Vollbeschäftigung. Dies möchten sie auch durch eine bessere Berücksichtigung der Digitalisierung in Bildung und Ausbildung erreichen... [Fortsetzung](#)

Deutsch-Französischer Medienpreis 2018 geht an Jürgen Habermas



Für sein Lebenswerk erhält der Philosoph Jürgen Habermas den deutsch-französischen Medienpreis 2018, der ihm am 4. Juli in Berlin verliehen wird... [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Theresa May in Dänemark



Die britische Premierministerin Theresa May besuchte am 9. April Kopenhagen, um ihren dänischen Amtskollegen Lars Løkke Rasmussen zu treffen. Die beiden sprachen über die Beziehungen ihrer Länder nach dem Brexit, insbesondere zu Fischereifragen. Der dänische Premier bekräftigte dabei erneut seine Unterstützung für London nach der Attacke von Salisbury sowie seine Anschuldigungen gegen Russland... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Emmanuel Macron trifft die Präsidenten der drei baltischen Staaten

Der französische Präsident Emmanuel Macron traf am 9. April die Präsidenten Litauens, Estlands und Lettlands in Paris. Ihre Debatte



bezog sich insbesondere auf Sicherheitsfragen und demokratische Werte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Der Senat beschließt das Wahlgesetz für die Europawahlen



Der französische Senat beschloss am 11. April mit 181 gegen 153 Stimmen das Wahlgesetz für die Europawahlen 2019, das einen einzigen landesweiten Wahlkreis vorsieht. Am 18. April trifft sich eine paritätisch besetzte Kommission des Senats und der Nationalversammlung... [Fortsetzung](#)

Ungarn :

Bericht zu den ungarischen Wahlen



In einem Bericht vom 9. April verurteilte die OSZE die von Viktor Orban benutzte Rhetorik der Einschüchterung und Fremdenfeindlichkeit und kritisierte, dass sich dessen Kampagne auf undurchsichtige Finanzierungskanäle und die Nutzung staatlicher Medien stütze. Im ungarischen Wahlkampf, so die Beobachter, sei eine echte Debatte nicht möglich gewesen... [Fortsetzung](#)

Irland :

20. Jahrestag des Karfreitagsabkommens



Am 10. April 1998 setzte das Karfreitagsabkommen dem 30 Jahre währenden Nordirlandkonflikt ein Ende. Die damaligen Architekten des Abkommens warnen heute vor einer "harten" Grenze zwischen Irland und Nordirland nach dem Brexit. Eine solche Grenze, so warnen sie, könnte 20 Jahre des Friedens unterminieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Vizepräsident Frans Timmermans in Warschau



Kommissionsvize Frans Timmermans besuchte am 9. April auf Einladung des polnischen Außenministers Jacek Czaputowicz Warschau. Dabei zeigte sich die Kommission angesichts der jüngsten Reformen der polnischen Justiz beunruhigt, aber auch gesprächsbereit. Dem polnischen Parlament wurde am 12. April in diesem Sinne ein Änderungsantrag vorgelegt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Portugal :

Besuch des portugiesischen Premiers im Vereinigten Königreich



Bei seinem Besuch in London haben sich der portugiesische Premier Antonio Costa und seine britische Amtskollegin Theresa May zu den bilateralen Beziehungen nach dem Brexit ausgetauscht, unter anderem über die Forschungskooperation und den britischen Tourismus in Portugal... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rumänien :

Erstes Treffen des Komitees zur Euroeinführung



Das rumänische Komitee zur Euroeinführung trat am 12. April unter dem Vorsitz der Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă erstmals zusammen. Weitere Mitglieder der Kommission sind der Präsident der Zentralbank, Vertreter der Verwaltung, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres einen "nationalen Fahrplan zum Euro" vorzulegen... [Fortsetzung](#)

Montenegro :

Milo Djukanovic gewinnt die Präsidentschaftswahl in Montenegro



Zwei Jahre nachdem er den Posten des Ministerpräsidenten verlassen hatte, gewann Milo Djukanovic am 15. April die montenegrinischen Präsidentschaftswahlen bereits in der ersten Runde. Er erhielt mehr als 53,95% der Stimmen und distanzierte Mladen Bojanic (33,41%). Der neugewählte Präsident begrüßte diesen "Sieg der europäischen Zukunft Montenegros"... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Nord Stream 2 Gegenstand eines Gesprächs zwischen Deutschland und der Ukraine



Im Rahmen eines Besuchs des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko am 10. April gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Protokoll, dass das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 "nicht möglich" sei, ohne die Rolle der Ukraine im Transit von Erdgas zu klären... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

Vorbehalte gegenüber rumänischen Justizreformen



Die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (Greco) zeigte sich am 11. April beunruhigt angesichts dreier im Dezember beschlossener Gesetze in Rumänien. Die Gesetze, die die Justiz und die Polizei reformieren, müssten von stärkeren Vorsichtsmaßnahmen begleitet werden, insbesondere im Rahmen des Prozesses zur Abschaffung der Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung. Letzteres war bereits eine formelle Forderung des Europarats... [Fortsetzung](#)

Die obersten Gerichtshöfe von zehn Mitgliedstaaten können eine beratende Stellungnahme einholen



Die obersten Gerichtshöfe von zehn EU-Mitgliedstaaten können ab dem 1. August beratende Stellungnahmen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) einholen. Dies gab der Gerichtshof am 12. April bekannt. Nachdem Frankreich als zehnter Mitgliedstaat das 16. Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention ratifizierte, tritt dieses nun in Kraft... [Fortsetzung](#)

UNO :

Rückgang der ankommenden Flüchtlinge in Europa in 2017



Das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen veröffentlichte am 11. April Statistiken, die für das Jahr 2017 einen Rückgang der Ankommendenzahlen in Europa verzeichneten. Des Weiteren sei die Zahl der Umsiedlungen in Europa im Vergleich zum Vorjahr um 54% gestiegen... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Überschuss im internationalen Warenverkehr



Laut Eurostat erzielte die Eurozone im Februar 2018 einen Überschuss im internationalen Warenverkehr von 18,9 Mrd. Euro. Derjenige der gesamten Europäischen Union lag demnach bei 3,3 Mrd. Euro... [Fortsetzung](#)

Leistungsbilanzüberschuss im 4. Quartal 2017



Eurostat konstatierte für die Europäische Union am 10. April einen Leistungsbilanzüberschuss von 63,5 Mrd. Euro für das vierte Quartal 2017 sowie einen Überschuss im Handel mit Dienstleistungen in Höhe von 49,7 Mrd. Euro. Ihre größten Überschüsse verzeichnet die Union im Handel mit den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Brasilien, die größten Defizite mit China und Russland... [Fortsetzung](#)

Einbürgerungen in der EU im Jahr 2016



Die 28 Mitgliedstaaten der EU verliehen im Jahr 2016 insgesamt 995.000 Personen ihre Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2015 lag die Zahl bei 841.000, 2014 bei 889.000. Die größten Gruppen von Eingebürgerten stammten aus Marokko, Albanien und Indien... [Fortsetzung](#)

Kultur :

"Wilde Seelen" im Musée d'Orsay



Bis zum 15. Juli zeigt das Pariser Musée d'Orsay eine Ausstellung mit dem Titel "Wilde Seelen: Symbolismus im Baltikum". Die Ausstellung zeigt Werke des litauischen Malers Mikalojus Konstantinas Čiurlionis, ebenso wie weitere baltische Künstler, die erstmals außerhalb ihrer Länder präsentiert werden... [Fortsetzung](#)

Albrecht Dürer im Palazzo Reale in Mailand



Bis zum 24. Juni zeigt der Mailänder Palazzo Reale die Ausstellung "Dürer und die Renaissance, zwischen Deutschland und Italien"... [Fortsetzung](#)

Ausstellung zu Grayson Perry in Helsinki



Die finnische Nationalgalerie Kiasma zeigt bis zum 2. September eine Ausstellung mit mehr als 50 Werken des britischen Bildhauers und Keramikers Grayson Perry. Die Ausstellung widmet sich unerwarteten Themen, etwa dem Brexit... [Fortsetzung](#)

50. Jubiläum des Brüsseler Kunstforums

ART BRUSSELS

Zum 50. Mal öffnet das Brüsseler Kunstforum vom 19. bis 22. April seine Pforten. Künstler von internationalem Rang stehen ebenso wie Newcomer auf dem Ausstellungsplan... [Fortsetzung](#)

World Press Photo



Bis zum 22. Juli zeigt das Amsterdamer Museum De Nieuwe Kerk die Ausstellung "World Press Photo". Die ausgezeichneten Fotografien werden an beinahe 100 Orten weltweit der Öffentlichkeit gezeigt... [Fortsetzung](#)

Agenda :



16. April
Brüssel
Rat "Auswärtige Angelegenheiten" und Rat "Landwirtschaft und Fischerei"



16. bis 19. April
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



17. April
Luxemburg
Rat "Allgemeine Angelegenheiten"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ;
Eva Gerland, Salomé Hénon-Cohin, François Henry-Segura,
Lily Lajeunesse, Kémi Quinio

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}